



LANDKREIS NEUNKIRCHEN GEM. ILLINGEN ORTSTEIL-ILLINGEN ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES (SATZUNG) FÜR DAS GELÄNDE „IM RÖTCHEN“ FLUR 10 M.1:1000

3. Änderung
(Genehmigt durch Saarland - Minister für Umwelt, Raumordnung und Bauwesen - am 15. März 1976 -
Az.: D/6 - 6015/76 Kl/30)
Die Änderung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetz (BBauG) vom 23. Juni 1960
(BBauG.1. S. 34, in der Fassung vom 10. August 1976 (BBauG.1. S. 2256) gemäß § 2 Abs. 1 dieses
Gesetzes wurde in der Sitzung des Gemeinderates am ... beschlossen.
Die Änderung erfolgt durch den Herrn Landrat des Landkreises Neunkirchen - Kreisbauplan - Abt. Planung

1. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes
2. Art der baulichen Nutzung
Es gilt die BauNVO vom 15.09.1977 (BBauG. S. 1757)
2.1 Baugebiet
2.1.1 zulässige Anlagen
2.1.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen
3. Maß der baulichen Nutzung
3.1 Zahl der Vollgeschosse
3.2 Grundflächenzahl
3.3 Geschosflächenzahl
3.4 Baumassenzahl
3.5 Grundflächen der baulichen Anlagen
4. Baueigenschaften
5. Überbaubare Grundstücksfläche
6. nicht überbaubare Grundstücksfläche
7. Stellung der baulichen Anlagen
8. Mindestgröße der Baugrundstücke
9. Mindestbreite der Baugrundstücke
10. Mindestdiefe der Baugrundstücke
11. Flächen für Nebenanlagen, die aufgrund anderer Vorschriften für die Nutzung von Grundstücken erforderlich sind.
11.1 Spiel-, Freizeit- und Erholungsflächen
11.2 Flächen für überdachte Stellplätze und Garagen sowie für Einfahrten auf den Baugrundstücken
11.3 Flächen für nicht überdachte Stellplätze sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken
12. Höhenlage der baulichen Anlagen (Maß von OK Straßenkante Mitte Haus bis OK Erdgeschossfußboden)
13. Fläche für den Gemeinbedarf
14. Überwiegend für die Bebauung mit Familienheimen vorgesehene
15. Flächen auf denen ganz oder teilweise nur Wohngebäude, die mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus gefördert werden können, errichtet werden dürfen
16. Flächen auf denen ganz oder teilweise nur Wohngebäude errichtet werden dürfen, die für Personengruppen mit besonderem Wohnbedarf bestimmt sind
17. den besonderen Nutzungszweck von Flächen, der durch besondere städtebauliche Gründe erforderlich wird
18. Flächen die von der Bebauung freizuhalten sind und ihre Nutzung
19. Verkehrsflächen sowie Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung wie Fußgängerbereiche, Flächen für das Parken von Fahrzeugen, sowie den Anschluß anderer Flächen an die Verkehrsflächen
20. Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen sowie der Anschluß der Grundstücke an die Verkehrsflächen
21. Versorgungsflächen
22. Führung von Versorgungsanlagen- und -leitungen
23. Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen, sowie für Ablagerungen
24. Öffentliche und private Grünflächen, wie Parkanlagen, Dauerkleingärten, Sport- Spiel-, Zeit-, Badeplätze und Friedhöfe
25. Wasserflächen sowie die Flächen für die Wasserwirtschaft, für Hochwasserschutzanlagen und für die Regelung des Wasserabflusses, soweit diese Festsetzungen nicht nach anderen Vorschriften getroffen werden können

26. Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschätzen
27. Flächen für die Landwirtschaft und für die Forstwirtschaft
28. Flächen für die Errichtung von Anlagen für die Kleintierhaltung, wie Ausstellungen- und Zuchtanlagen, Zwinger, Koppeln und dergleichen
29. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung der Landschaft soweit solche Festsetzungen nicht nach anderen Vorschriften getroffen werden können
30. Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit eines Erschließungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastende Flächen
31. Flächen für Gemeinschaftsanlagen für bestimmte räumliche Bereiche wie Kinderspielflächen, Freizeiteinrichtungen, Stellplätze und Garagen
32. Gebiete, in denen bestimmte, die Luft erheblich verunreinigende Stoffe nicht verwendet werden dürfen
33. Die von der Bebauung freizuhaltenen Schutzflächen und ihre Nutzung, die Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes sowie die zum Schutz vor solchen Einwirkungen oder zur Vermeidung oder Minderung solcher Einwirkungen zu treffenden Vorkehrungen
34. Für einzelne Flächen oder für ein Bebauungsgebiet oder Teile davon mit Ausnahme der für landwirtschaftliche Nutzung festgesetzten Flächen
a) das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern
b) Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern
35. Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen und Stützmauern, soweit sie zur Herstellung des Straßenkörpers erforderlich sind

Aufnahme von
Festsetzungen über die äußere Gestaltung der baulichen Anlagen aufgrund des § 9 Abs. 4 des BBauG in Verbindung mit § 113 Abs. 1 der Landesbauordnung - LBO - vom 27. Dezember 1974
laut örtlicher Bauvorschriften

Aufnahme von
Festsetzungen über die äußere Gestaltung der baulichen Anlagen aufgrund des § 9 Abs. 4 des BBauG in Verbindung mit § 113 Abs. 6 der Landesbauordnung - LBO - vom 27. Dezember 1974
entfällt

Aufnahme von
Festsetzungen über den Schutz und die Erhaltung von Bau- und Naturdenkmälern aufgrund des § 9 Abs. 4 des BBauG in Verbindung mit § 113 Abs. 2 der Landesbauordnung - LBO - vom 27. Dezember 1974
entfällt

Kennzeichnung von Flächen gemäß § 9 Abs. 5 BBauG

1. Flächen, bei denen Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen gegen äußere Einwirkungen erforderlich sind
2. Flächen, bei denen besondere bauliche Schutzmaßnahmen gegen Naturgewalt erforderlich sind
3. Flächen, unter denen der Bergbau liegt
4. Flächen, die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind

Nachrichtliche Übernahme von Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 6 BBauG
entfällt

PLANZEICHENERKLÄRUNG

Geltungsbereich der Änderung

Straßenbegrenzungslinie

Geplante Straßen und Wege

Bestehende Grundstücksgrenze

Geplante Grundstücksgrenze

Geplante Gebäude

Baugrenze

Baulinie

Öffentliche Parkfläche

Grünfläche

Fläche zu pflanzen

Entwässerungsrichtung

Bebauung innerhalb des Schutzstreifens nur mit Zustimmung der VAB

Mit Leitungsrechten belastete Fläche

Garagen

Gasdruckreglerstation

Trafostation

Der Bebauungsplanentwurf mit Begründung hat am 07. Juni 1982 gemäß § 2 a Abs. 6 BBauG ortsüblich ausgelegen von ... bis ...

Der Gemeinderat hat den Bebauungsplan am 07. Juni 1982 gemäß § 10 BBauG als Satzung beschlossen.

Illingen, ..09. Juni 1982.....

Der Bürgermeister:

Der Bebauungsplan wird gemäß § 11 BBauG genehmigt.

SAARLAND
Der Minister
für Umwelt, Raumordnung
und Bauwesen
216-6243/82 10/18

Saarbrücken, ..16.2.1982.....
Der Minister für Umwelt, Raumordnung und Bauwesen
I. Wörner
(Wörner)
Diplomingenieur

Der Genehmigungsbescheid des Minister für Umwelt, Raumordnung und Bauwesen von wurde am ortsüblich bekannt gemacht. In der Bekanntmachung wurde angegeben, bei welcher Stelle der Plan während der Dienststunden eingesehen werden kann.

Illingen, ..09. Juni 1982.....
Der Bürgermeister: